

Berichte aus der Rechtswissenschaft

Peter Schäfer

**Steuerliche Implikationen eines "Squeeze-Out"
gemäß §§ 327a ff. AktG**

Möglichkeit und Notwendigkeit
einer ertragsteuerlichen Billigkeitsregelung

D30 (Diss. Universität Frankfurt am Main)

Shaker Verlag
Aachen 2010

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Frankfurt am Main, Univ., Diss., 2009

Copyright Shaker Verlag 2010

Alle Rechte, auch das des auszugsweisen Nachdruckes, der auszugsweisen oder vollständigen Wiedergabe, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen und der Übersetzung, vorbehalten.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-8322-8813-6

ISSN 0945-098X

Shaker Verlag GmbH • Postfach 101818 • 52018 Aachen

Telefon: 02407 / 95 96 - 0 • Telefax: 02407 / 95 96 - 9

Internet: www.shaker.de • E-Mail: info@shaker.de

In den §§ 327a ff. AktG sieht das deutsche Aktienrecht seit wenigen Jahren die Möglichkeit eines „Squeeze-Out“ (SO) vor. Ein Mehrheitsaktionär, beim SO als Hauptaktionär bezeichnet, kann nun Restbestände von Minderheitsaktionären (Kleinaktionären) gegen Zahlung einer angemessenen Barabfindung aus einer AG oder KGaA, auch gegen deren Willen, ausschließen und die Übertragung ihrer Aktien auf sich verlangen.

Durch die gesetzlich nun vorgesehene Möglichkeit des zwangsweisen Ausschlusses kann es bei den ausgeschlossenen Aktionären zu „*zwangsweisen*“ mitunter „*ungewollten*“ steuerpflichtigen Gewinn- bzw. Verlustrealisierungen kommen.

Die Arbeit stellt die gesellschaftsrechtlichen und steuerlichen – insbesondere ertragsteuerlichen – Folgen eines SO dar. Im Anschluss daran wird untersucht, ob auf einem SO basierende Gewinne, sofern sie steuerpflichtig sind, nicht steuerlich, z.B. durch die Zulässigkeit von steuerverneutralen Reinvestitionen, privilegiert sind bzw. werden müssen. Der Verfasser untersucht die Frage, ob sich aus der Typisierung im Rahmen von steuerlichen Tatbeständen, deren Änderung (Verschärfung, Verengung) im Zusammenwirken mit der Neuschaffung von gesetzlichen Vorschriften nicht steuerlicher Art im AktG eine Notwendigkeit oder sogar Verpflichtung der Legislative bzw. der vollziehenden Exekutive (Finanzverwaltung) zu steuerlichen Billigkeitsmaßnahmen ergibt, um die ertragsteuerlichen Folgen abzumildern.

In diesem Kontext werden Lösungsansätze der durch die Einführung der SO-Regelung in das AktG entstandenen ertragsteuerlichen Problematik erarbeitet und vorgestellt.